

Auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik dreht sich fast alles um den Arbeitsmarkt

Paqué: Innovationslücke in Ostdeutschland / Berthold: Kartell der Besitzenden / Agell: Flächentarif als Versicherung / Harmonisierung der Umweltsteuern nicht zwingend / Keine „doppelte Dividende“ der Ökosteuer

orn. BERLIN, 22. September. Die Arbeitslosigkeit ist der wundeste Punkt der deutschen Volkswirtschaft. Das gilt für Gesamtdeutschland, wo die konjunkturelle Erholung auch dem Arbeitsmarkt Erleichterung verschafft hat, die Arbeitslosigkeit aber dennoch bei immerhin 3,7 Millionen Personen verharrt. Besonders schlimm ist die Lage in Ostdeutschland, wo die Arbeitslosenquote seit 1997 bei rund 18 Prozent liegt, rund 10 Prozentpunkte höher als im West-Durchschnitt. Auch wenn die Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, der Vereinigung aller deutschsprachiger Ökonomen, grundsätzlich sämtlichen Themen der Zukunft gewidmet ist – im Mittelpunkt stand in diesem Jahr eindeutig die drängende Frage der Arbeitslosigkeit.

Ostdeutschland leide weniger unter Kapitalknappheit als unter einer „Innovationslücke“, sagt Karl-Heinz Paqué von der Universität Magdeburg. Zwar sei es richtig, daß die Akkumulation von Sachkapital im Osten unzureichend sei und Vollbeschäftigung verhindere. Der Grund liege vor allem in der zu raschen Angleichung der im Osten gezahlten Löhne an das Westniveau. Als Folge sei der Kapitalbestand aus sozialistischer Zeit übertrieben schnell obsolet geworden, hätten sich Investitionen übermäßig auf Wirtschaftszweige mit hoher Sachkapitalintensität und Produktivität konzentrieren müssen und habe die Rentabilität von Investitionen generell abgenommen.

Vor diesem Hintergrund für die Lohnpolitik größte Zurückhaltung zu fordern, damit der Lohnabstand zunehmen und Inve-

Förderpolitik müsse sich wandeln und auf das Entstehen innovativer Produktideen im Osten hinwirken. „Eine Möglichkeit bestünde darin, Existenzgründungen rund um Universitäten und öffentliche Forschungseinrichtungen zu erleichtern.“ Als Anreiz zur Ansiedlung von privaten Forschungseinrichtungen sollte die allgemeine Investitionszulage durch eine prozentual höhere Zulage für Investitionen in Forschung und Entwicklung ersetzt werden.

Was ist dann aber der Grund für die breiter angelegte Arbeitsmarktmisere ganz Deutschlands? Norbert Berthold (Universität Würzburg) machte die institutionelle Absicherung der Besitzstandswahrung derer, die in Lohn und Brot sind, als Hauptursache aus. Der hohe Zentralisierungsgrad der Tarifverhandlungen, ein ausgebauter Sozialstaat und ein kooperativer fiskalischer Föderalismus seien sichtbare Zeichen dafür. Die Arbeitsmärkte seien wenig anpassungsfähig. Der Verteilungsstreit dominiere das Miteinander, Arbeitslosigkeit sei die unvermeidliche Folge. Die Globalisierung jedoch werde diesem Mißstand den Garaus bereiten: „Weltweit offenere Güter- und Faktormärkte schleifen die Machtpositionen der Insider auf allen Märkten.“ Die Abkehr vom Flächentarifvertrag, die Tendenz zu Tarifaueinandersetzungen auf betrieblicher Ebene sei unübersehbar, die Macht des Tarifkartells schwinde.

Jonas Agell von der Universität Uppsala (Schweden) gab sich in dieser Hinsicht weniger zuversichtlich. Er erklärt den Flächentarifvertrag und ähnliche Regulierungen des Arbeitsmarkts als kollektiv nachgefrag-

stitionen profitabler werden könnten, gehe dennoch am eigentlichen Problem vorbei. Denn die Lohnpolitik stehe nach der Erosion des Flächentarifvertrags als Instrument der Anpassung in Ostdeutschland nicht mehr zur Verfügung. Paqué sieht ein „Mobilitätsdilemma“: Das ostdeutsche Lohnniveau ergebe sich seit einiger Zeit als echte marktwirtschaftliche Lösung in einer Region, in der viele Erwerbspersonen ohne hohe Kosten in Regionen mit höherem Lohnniveau abwandern könnten.

Daß die Löhne über dem Vollbeschäftigungsniveau liegen, erklärt Paqué in Abwandlung der Effizienzlohntheorie mit „Mobilitätsverhinderungsprämien“, welche die Arbeitgeber zahlen, um ihre Mitarbei-

Der vor 128 Jahren gegründete Verein für Socialpolitik ist nach der Royal Economic Society in Großbritannien die größte Ökonomenvereinigung in Europa. Er zählt derzeit 2928 Mitglieder. Der Zuwachs an neuen Mitgliedern beträgt derzeit rund 14 Prozent im Jahr, was der scheidende Vorsitzende Hans-Werner Sinn als „gutes Zeichen für einen dynamisch sich weiterentwickelnden Verein“ wertet. Dank ermäßigter Beitragssätze nimmt vor allem die Zahl der Mitglieder unter 40 Jahren zu. Der Frauenanteil liegt derzeit bei 11,7 Prozent. Als vorrangiges Ziel des Vereins gilt die weitere Hinwendung zur internationalen Öffentlichkeit.

te Versicherung. Die unverteilenden Regulierungen für den Arbeitsmarkt wie das Tarifkartell hätten damit auch gute Seiten. Es sei zwar richtig, daß neue Techniken die Kosten bestimmter Regulierungen erhöhten. Doch es sei auch nicht auszuschließen, daß das Computerzeitalter die Vorteile der Arbeitsmarktregulierung verstärke. Zeiten raschen technischen Fortschritts seien auch



Zeiten, in denen alte Fähigkeiten schnell erodierten. Daher könne es durchaus sein, daß weiterhin eine starke, wenn nicht sogar stärkere Nachfrage der Bürger nach Institutionen bestehen werde, die es erlaubten, die individuellen Erträge aus „Humankapitalinvestitionen“ gegen technologische Umwälzungen zu schützen.

Auch der spezielleren Frage, wie sich die Ökosteuerreform auf die Beschäftigung

ter zu halten. Diese Prämie falle um so höher aus, je höher für einen Arbeitgeber die Kosten seien, die er aufwenden müsse, um einen bestimmten Beschäftigten zu ersetzen, und je weniger es den Beschäftigten kostete, Wohnort und Stelle zu wechseln. An der Existenz und Wirkung dieser Prämie lasse sich nichts ändern. Die Kapitallücke zwischen West und Ost müsse mit anderen angebotspolitischen Mitteln als der Lohnpolitik geschlossen werden: vor allem mit einer Förderung von Innovationen.

Wirtschaftliches Wachstum ergebe sich aufgrund von Wissenszeugung und Wissensverbreitung, betont Paqué im Rückgriff auf die moderne Theorie endogenen Wachstums. Erst innovatives Wissen könne neue Produkte hervorbringen, mit dem vorübergehend Pioniergewinne erzielt werden könnten. Doch der Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaft habe gezeigt, daß das ostdeutsche verarbeitende Gewerbe kaum über Produkte verfügt habe, mit denen es auf dem Weltmarkt Pioniergewinne erwirtschaften konnte. Der Prozeß des steten, marktorientierten Forschens und der kommerziellen Umsetzung von Innovationen sei durch die Kommandowirtschaft zerstört worden.

Um diesen Engpaß zu beseitigen, gibt es nach Paqué nur zwei Wege: das Einwerben von Direktinvestitionen und eigene Investitionstätigkeit. Dabei komme es besonders auf die Wirtschaftspolitik an. So sollte im Solidarpakt die Stärkung der regionalen Innovationskraft als Zwischenziel festgehalten werden, vor allem durch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Auch die

auswirkt, widmeten sich die in Berlin versammelten Ökonomen. Martina Behm von der Universität Göttingen griff die Klagen über uneinheitliche und damit wettbewerbsverzerrende Energiesteuern in Europa auf, die zuletzt im Zusammenhang mit den steigenden Öl- und Benzinpreisen laut geworden sind. Die Wissenschaftlerin kommt in einer modellhaften Untersuchung zu dem Ergebnis, daß der Umweltsteuerwettbewerb nicht immer zu Wettbewerbsverzerrungen und Wohlfahrtsverlusten führt. Damit erweist sich eine Harmonisierung der Umweltsteuern unter Effizienzgesichtspunkten nicht als zwingend.

Max Albert (Universität Konstanz) zerstörte in einem Modell auch die Legende von der „doppelten Dividende“ der Ökosteuer. Dieses Argument sollte die Sorge ausräumen, daß eine Verteuerung des Energieverbrauchs einen so starken Kostendruck ausübt, daß sich bei starren Löhnen eine höhere Arbeitslosigkeit ergeben könnte. Um dem vorzubeugen oder zumindest entgegenzuwirken, werden die Erträge aus der Ökosteuer zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet. Damit sei die Gefahr nicht gebannt, sagte Albert. Wenn man berücksichtige, daß Arbeitslosigkeit nicht nur durch überhöhte Tarif- oder Minimallohne, sondern gemäß der Effizienzlohntheorie auch durch Zuschläge auf den markträumenden Lohn zustande komme, sei es immer noch möglich, daß die positiven Beschäftigungseffekte durch die Lohnkostensubvention überkompensiert würden. Schlimmstenfalls steige sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Umweltbelastung.